

## Agrarökonomen wehren sich gegen Kritik - Balman vermisst Weitblick der Politik

Die deutschen Agrarökonomen wehren sich gegen Kritik aus Politik und Verbänden. Der Vorsitzende der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus (GEWISOLA), Prof. Alfons Balman, bezeichnet es als problematisch, „wenn unerwünschte Ergebnisse als unwissenschaftlich abgetan werden“. Nicht gelten lassen will Balman den Vorwurf von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, die Wissenschaftler hätten beim jüngsten Beiratsgutachten zur GAP-Reform keine Folgenabschätzung für ihre Empfehlungen vorgenommen. Damit werde suggeriert, dass ein „Weiter so“ keine gravierenden Folgen hätte, so Balman. Diese Woche treffen sich die Agrarökonomen zur 58. GEWISOLA-Jahrestagung in Kiel.

Länderberichte 26 und 27

## EU will Streit um US-Rindfleisch beilegen - Brüsseler Interesse an Mercosur ebbt ab

Die Europäische Kommission hat die Mitgliedstaaten um ein offizielles Verhandlungsmandat im Streit mit den USA um die Einfuhr von Rindfleisch zu ersucht. Brüssel will Washington eine feste Importquote für hormonunbehandeltes Fleisch zuteilen, da die bisherige Freihandelsquote überwiegend von Exporteuren aus anderen Drittstaaten ausgeschöpft wird. Scharfer Protest kam vom Deutschen Bauernverband (DBV). Dessen Generalsekretär Bernhard Krüskens mahnte, dass EU-Standards nicht unterlaufen werden dürften. Derweil scheint das Interesse der EU-Kommission an einem zügigen Handelsabschluss mit dem Mercosur-Block abzuebben. Probleme gibt es hier unter anderem mit dem Marktzugang für EU-Milchprodukte.

EU-Nachrichten 5

## Klöckner will gegen Einstufung neuer Gentechnikmethoden angehen

Bei der Einstufung neuer gentechnischer Verfahren scheint das letzte Wort noch nicht gesprochen zu sein. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner kündigte an, gegen die Einschränkungen anzugehen. Ob es zu Gesetzesänderungen komme, werde man sehen, so die CDU-Politikerin. Mit Unverständnis reagierte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Miersch, auf die Äußerungen. Er erwartet, dass die Ministerin unverzüglich die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag umsetzt. Für den Molekularbiologen Dr. Alois Palmethofer muss das deutsche Gentechnik-Gesetz in naher Zukunft neu aufgerollt werden. Das GVO-Urteil betrifft seiner Ansicht nach zudem alle menschgemachten Mutationen.

Länderberichte 10 und EU-Nachrichten 8

## Ringens um Kompromiss zur Ferkelkastration

Das Ringen um einen Kompromiss über eine mögliche Verlängerung der Übergangsfrist für ein Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration geht auch nach dem Scheitern der dazu vorgelegten Anträge im Agrarausschuss des Bundesrates weiter. Sowohl Niedersachsens CDU-Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast als auch Mecklenburg-Vorpommerns SPD-Resortchef Dr. Till Backhaus kündigten an, sich mit Nachdruck noch um eine Lösung zu bemühen. Ob allerdings ein mehrheitsfähiger Antrag für die Plenarsitzung des Bundesrates am 21. September zustande kommt, ist völlig offen. Aus der Union wächst indes der Druck auf den Koalitionspartner SPD, sich einer möglichen Gesetzesinitiative im Bundestag nicht zu verschließen. Anders als auf Landesebene zeigt die SPD im Bund bislang keinerlei Bereitschaft, ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Aufweichung der geltenden Regelung zu ändern. Der Deutsche Bauernverband (DBV) appellierte erneut an die Politik, einen Strukturbruch in der hiesigen Ferkelerzeugung zu verhindern. Man stelle den Ausstieg aus der betäubungslosen Kastration nicht in Frage, versicherte DBV-Generalsekretär Bernhard Krüskens. Nötig sei jedoch eine Lösung, die die deutschen Betriebe im EU-Wettbewerb nicht noch weiter schwäche. Dazu zähle vor allem die Lokalanästhesie durch den Landwirt. Der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), Walter Heidl warnte davor, die heimische Ferkelerzeugung „aus ideologischen Gründen“ zu zerstören. Demgegenüber rief Tierschutzbund-Präsident Thomas Schröder die Politik auf, nicht vor der Branche einzuknicken. Seiner Ansicht nach existieren tierschutzgerechte Alternativen. Zudem sei die Zeit zur Umstellung lang genug gewesen.

Länderberichte 24